

BI will „alle Rechtsmittel ausschöpfen“

Die Kitzinger 8.2.2010

Bürgerinitiative Lebensqualität Volkach-Ost votiert bei Versammlung gegen eine große Umgehung

■ **VOLKACH.** Die Bürgerinitiative (BI) Lebensqualität Volkach-Ost sagt den Planern der großen Ostumgehung Volkach-Ost-Gaibach-Kolitzheim den Kampf an.

Vor allem die Einstellung und Aussagen von Bürgermeister Peter Kornell zu diesem Thema sind den Sprechern der Initiative ein Dorn im Auge. Dies wurde bei einer Versammlung am Samstag deutlich.

Sprecher Hanns Strecker stellte unter den Aktivitäten der im April 2009 gegründeten BI vor allem die „erfolgreiche Unterschriftensammlung“ vor, bei der 100 BI-„Mitglieder“ und 500 unterstützende Personen ihre Ziele manifestierten. Strecker kritisierte die „Ausspernung“ der BI von der entscheidenden Informationsveranstaltung der Planungsbehörde zur Umgehung Kolitzheim-Gaibach-Volkach am 31. Juli 2009. „Eine Podiumsdiskussion der Grünen zu diesem Thema verlief dagegen für die BI positiv.“

„In Informationsgesprächen mit dem Bürgermeister Peter Kornell und den einzelnen Stadtratsfraktionen stellten wir fest, dass alle anwesenden Stadträte die Finanzierung einer Sonderbaulast der Stadt mit zirka zwei Millionen Euro kategorisch ausgeschlossen haben“, ergänzte er. Die BI kritisierte in diesen Gesprächen das bisherige „mangelnde Umweltverträglichkeit“ und stellte die Frage, ob sich die Stadt das alles politisch und finanziell leisten kann, berichtete der zweite

Sprecher Ferdinand Ringelmann.

Die Teilumgehung Volkach-Ost sei durch eindeutige Beschlusslage der Stadt als gemeindliche Entlastungsstraße vorgesehen. Ihre Zweckbestimmung liege in der Abwicklung von Teilverkehren der Staatsstraßen 2260 Richtung Eichfeld und 2274 Richtung Gerolzshofen. Deren Erweiterung zu einer großen Ortsumgehung und die Aufnahme der Staatsstraße 2271 Richtung Schweinfurt sei nicht gewünscht worden. Diese Beschlusslage sei im gültigen Flächennutzungsplan sichtbar und Recht geworden. Die heute dort vorhandenen Wohngebiete seien danach und auf der Grundlage dieser Rechtslage ermöglicht worden, meinte Sprecher Ringelmann.

„Um die Lebensqualität in Volkach jetzt und in Zukunft zu erhalten, haben wir das Ziel, die Einbindung der Teilumgehung Volkach-Ost in eine überörtliche Umgehungsstraße zu verhindern“, erklärte Ringelmann. Weiterhin liegt der BI der Erhalt der idyllischen Volkach-Aue am Herzen „und wir wollen die Überbrückung und die Zerschneidung der Weinberge durch eine stark befahrene Straße verhindern“. Ringelmann: „Wir fordern von einer großräumigen Umgehung von Gaibach-Kolitzheim Abstand zu halten, weil damit praktisch eine neue ortsdurchfahrtsfreie Staatsstraße von Schweinfurt nach Marktbreit geschaffen wird“. Diese werde erheblichen Schwerlastverkehr durch Mautflucht von Nord nach Süd und umgekehrt anziehen und in

Volkach die Baugebiete Ost und Nord, aber auch die hochsensiblen Bereiche Verbandsschule, Krankenhaus und Altenheim „in unerträglicher Weise verlärmten“, gaben die Sprecher zu bedenken. „Wir fordern Maßnahmen zur Reduktion oder Beseitigung des überörtlichen Schwerlastverkehrs und aktiven sowie passiven Lärmschutz in der Gaibacher Straße und eine kleine Umgehung von Gaibach. Im Vertrauen darauf haben die dort lebenden Bürger an dieser Stelle investiert. Sie alle sollen nun um ihre Lebensqualität und Gesundheit, ihre Lebensleistung, ihre Zukunft und ihr Vermögen gebracht werden. Das hat mit Verlässlichkeit in die Politik und Vertrauensschutz nichts gemein.“

Bürgermeister Kornell behauptete, dass eine große Umgehung im Osten der Stadt schon

immer geplant war. Die an der Teilumgehung Volkach-Ost lebenden Menschen hätten also wissen müssen, was auf sie zukommt. Längst überholte Flächennutzungspläne würden als Argumentationshilfe benutzt. Der gültige Flächennutzungsplan bleibe in der Schublade. „Wir halten dies für unseriös“, erklärten die Sprecher. Kornells Aussage, mit einer großen Ostumgehung wären die Verkehrsprobleme der Stadt endgültig gelöst, zeige wenig Verständnis für die realen Verkehrsströme.

Julian Eibicht, der jüngste Sprecher der Initiative, stellte als kreativen Lösungsvorschlag für die Gaibacher Straße in Volkach das sogenannte „Shared-Space-Prinzip“ vor. Dieses von der EU geförderte Projekt habe sich in der 13 000-Einwohner-Stadt Bohmte im

Landkreis Osnabrück in Niedersachsen bewährt, informierte Eibicht. Beim Shared-Space-Prinzip, werden alle Verkehrs-schilder, Ampeln sowie Gehwege abgebaut und es gilt überall die Regel „rechts vor links“.

Dagegen werde die Verwirklichung der geplanten Ostumgehung von Volkach unweigerlich und für alle Beteiligten – also Freistaat, Stadt und Bevölkerung – in ein Dilemma führen, sind sich die Vertreter der Initiative einig. Dilemma deshalb, weil der Bau der Ostumgehung für die Betroffenen in der Gaibacher Straße keine signifikante Verringerung des Durchgangsverkehrs bringen werde, aber eine Mehrheit von Bürgern im Osten der Stadt unmittelbar belaste. Die BI befürchtet Mautfluchtverkehr mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die gesamte Region Volkachs sowie einen „zweistelligen Millionenbetrag an öffentlichen Mitteln“, die vom Freistaat aber auch von der Stadt Volkach aufzubringen wären. Zudem drohten dem Staat erhebliche Mindereinnahmen bei der Lkw-Maut. Die geforderte Umsetzung des „Shared-Space-Prinzips“ in der Gaibacher Straße von Volkach koste dagegen nur einen Bruchteil. „Das entlastet die Bevölkerung und entzieht dem Staat keine wichtigen Einnahmen.“

Abschließend erklärten die Sprecher der BI, alle Rechtsmittel auszuschöpfen, um die Ostumgehung zu verhindern. Eckard Bier schlug vor, ein Bürgerbegehren zu initiieren, wofür zirka 700 Befürworter nötig sind.

*hjb



Die Sprecher der BI Volkach-Ost Julian und Walter-Werner Eibicht sowie Ferdinand Ringelmann informieren über ihre Aktivitäten zur Verhinderung der Ostumgehung.

Foto: hjb